

Themenübersicht:

Editorial

- 1. Das Parlament ist kein Selbstbedienungsladen**
- 2. Für eine attraktive und selbstbewusste Kulturpolitik**
- 3. Datenschutz**
- 4. E-Petitionen auch in Thüringen ermöglichen**
- 5. Trotz Sonntagsreden: Kaum Perspektiven für die Thüringer LehrerInnen**
- 6. Absenkung des passiven Wahlrechts**
- 7. Koalition verweigert sich energetischer Sanierung**
- 8. EU-Agrarpolitik gestalten statt blockieren**
- 9. Nachhaltigkeit und das Beispiel Winterdienst**
- 10. Biomasse: Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) nachhaltig weiter entwickeln**
- 11. Astrid Rothe-Beinlich: Hochschulzulassungsgesetz weist in die falsche Richtung**

Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Medien fragen uns zu jedem Plenum: Was ist diesmal besonders interessant? Oft können wir dann wichtige Gesetzentwürfe oder Anträge nennen.

Auch im Mai-Plenum fehlte es natürlich nicht an bedeutsamen Themen. Allerdings fiel diesmal insbesondere das ins Auge, was nicht mehr auf der Tagesordnung stand. Drei Punkte will ich nennen: das Polizeiorganisationsgesetz, das Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Tieren, das Ministergesetz. Dabei ist insbesondere beim letzteren die zeitliche Verzögerung inzwischen nur noch skandalös zu nennen. Hatten wir uns doch vor über einem Jahr anhören müssen, unser Entwurf zu den Ministerbezügen käme zu spät, die Landesregierung habe den eigenen längst fertig.

Es klingt inzwischen wie ein Mantra, was aber nichts an der Wahrhaftigkeit ändert: Die Thüringer Landesregierung ist bei entscheidenden Punkten handlungsunfähig. CDU und SPD haben nicht die Kraft, sich zu Entscheidungen durchzuringen und versuchen, sich mit abstrakten Argumentationen aus der Verantwortung zu winden. Vorschläge der Opposition werden regelmäßig abgeschmettert, genauso verlässlich ist es aber auch, dass eigene Ansätze der Regierungsparteien fehlen.

Doch die heftigen Reaktionen des im wahrsten Sinne des Wortes sozial-konservativen Bündnisses zeigen, dass unsere Arbeit genau in die wunden Punkte trifft. Ganz aktuell zeigt sich das bei der Stiftung FamilienSinn. Im stillen Kämmerchen von den CDU-Granden konstruiert, konnte sie über Jahre hinweg unbehelligt dahin wirtschaften. Erst unsere Nachfragen brachten Bewegung in die Angelegenheit. Der Rechnungshof bestätigte unsere

Skepsis an der Stiftung, die Ministerpräsidentin schoss daraufhin schwer zurück. Unsachlich und falsch begründet. Auch im Plenum konnte niemand erklären, mit welchem Gesetz der Stiftung überhaupt ihre Aufgaben übertragen wurden.

Wir bleiben aber weiter dran! An allen Themen. Die kleine große Koalition wird mit ihrem Verweigerungskurs nicht durchkommen. Vorerst aber viel Spaß beim Lesen von InfoGrün.

Freundlichst

Eure Fraktionsvorsitzende

Anja Siegesmund

1. Das Parlament ist kein Selbstbedienungsladen

Aktuelle Stunde zur verfassungsgemäßen Verwendung der Fraktionsmittel

„Es gibt da immer noch zahlreiche ungeklärte Fragen wie zum Beispiel, ob die CDU-Fraktion nicht verfassungsgemäße so genannte Funktionszulagen an ihre Abgeordneten an die Landtagsverwaltung zurückzahlen muss“, erklärt Jennifer Schubert dazu, die das Thema für die Fraktion eingebracht hatte. Sie forderte das Parlament auf, ein neues Selbstverständnis einkehren zu lassen und diese unlautere Praxis zu beenden. Laut eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts von 2000 sind Zahlungen an Fraktionsmitglieder, beispielsweise an Arbeitskreisvorsitzende oder stellvertretende Fraktionsvorsitzende aus den Fraktionszuschüssen unzulässig.

2. Für eine attraktive und selbstbewusste Kulturpolitik

Astrid Rothe-Beinlich fordert deutliche Anstrengungen zum Erhalt der kulturellen Vielfalt in Thüringen

Anlässlich des Aktionstages „Kulturgut stärken“, initiiert vom Deutschen Kulturrat und dem „Welttag für kulturelle Vielfalt“, möchten wir die Bedeutung von kultureller Vielfalt unterstreichen.

„Wir wollen, dass in der Kulturpolitik in Thüringen endlich deutlich positive Akzente gesetzt werden. Denn bisher findet Kulturpolitik in der parlamentarischen Auseinandersetzung im Thüringer Landtag leider so gut wie nicht statt, es sei denn in Form von Personalquerelen rund um die Klassik Stiftung, Rechnungshofberichten oder der desaströsen Finanzsituation

in der Thüringer Theater- und Orchesterlandschaft. Wir verlangen von der Landesregierung einen transparenten Dialog mit den Kunst- und Kulturschaffenden für ein zukunftsweisendes Kulturkonzept. Schließlich kann es nicht sein, dass die Finanzierungsdebatte jegliche kulturpolitische Auseinandersetzung überlagert und kulturelle Inhalte keine Rolle spielen. Christoph Matschie muss hier in die Offensive gehen und eine aktive und selbstbewusste Kulturpolitik fördern. “ meint Astrid Rothe-Beinlich, unsere kulturpolitische Sprecherin im Thüringer Landtag.

3. Datenschutz

Die Regierungsfractionen von CDU und SPD haben diese Woche wieder einmal die Möglichkeit eines besseren und transparenteren Datenschutzes in Thüringen verpasst. „Die Entscheidungskraft von CDU und SPD ist auf Null gesunken“, sagt der innenpolitische Sprecher unserer grünen Fraktion, Dirk Adams. „Die Argumentation der Regierungsparteien ist obskur: Sie sagen, der Entwurf der FDP sei richtig, aber nicht zustimmungsfähig, weil er nicht so gut wie das Gesetz der Landesregierung zur Novellierung des Datenschutzes sei – das aber wurde noch gar nicht eingebracht“, so Dirk Adams weiter. Inzwischen liegen damit im Innenausschuss des Landtages wichtige Debatten über das Polizeiorganisationsgesetz, das Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Tieren, die Gebietsreform auf Eis. Nach derzeitigem Datenschutzgesetz ist der Thüringer Datenschutzbeauftragte für Datenschutz im öffentlichen Bereich zuständig, während das Thüringer Landesverwaltungsamt für Datenschutz im privaten Bereich zuständig ist. Ein Gesetzentwurf der FDP hatte die Zusammenlegung Beider gefordert und hätte damit eine zentrale Anlaufstelle für die BürgerInnen geschaffen. „Es ist den Bürgerinnen und Bürgern nicht zu vermitteln, dass sie sich wegen der Kamera am Bahnhof an den Landesbeauftragten für Datenschutz wenden müssen, wegen des videoüberwachten Bankeingangs aber an das Landesverwaltungsamt“, so Dirk Adams weiter. Damit wäre der Datenschutz transparenter und wesentlich BürgerInnenfreundlicher geworden. „Das die allein die Koalition sich verweigert hat ist unglaublich“, schließt Dirk Adams.

4. E-Petitionen auch in Thüringen ermöglichen

Reform des Petitionsgesetzes soll demokratische Rechte der Bürgerinnen und Bürger in Thüringen stärken

„Denn was der Bund und Bremen können, das kann Thüringen auch“, sagt Jennifer Schubert, unsere Abgeordnete im Petitionsausschuss. Sie begrüßte den Vorstoß der LINKEN, auch in Thüringen E-Petitionen einzuführen. Viele Punkte in dem Gesetzentwurf schießen jedoch über das Ziel hinaus, so dass den Kommunen über 1000 EinwohnerInnen vorgeschrieben werden solle, einen Petitionsausschuss zu bilden. Jennifer Schubert begrüßte, dass das Gesetz im Petitionsausschuss beraten wird und hofft, dass gemäß dem Selbstverständnis des Ausschusses ein gemeinsam getragener Entwurf daraus wird.

5. Trotz Sonntagsreden: Kaum Perspektiven für die Thüringer LehrerInnen

Astrid Rothe-Beinlich fordert vorausschauende Personalpolitik für den Bildungsbereich

Die Perspektiven für Thüringer Lehrerinnen und Lehrer stehen leider weiterhin schlecht, nachdem unser Antrag für mehr Perspektiven im vergangenen Plenum abgelehnt wurde. Unsere bildungspolitische Sprecherin Astrid Rothe-Beinlich im Thüringer Landtag sagt dazu:

„Wir brauchen dringend attraktivere berufliche Perspektiven für Thüringer LehrerInnen. Eine vorausschauende Personalpolitik, um dem drohenden LehrerInnenmangel vorsorgend zu begegnen, ist in Thüringen nicht im Ansatz erkennbar. Es mangelt an ausreichenden Referendariatsplätzen und bei den Neueinstellungen beobachten wir die fatale Situation, dass dieses Jahr 700 LehrerInnen in den Ruhestand gehen, während nur 300 Neueinstellungen vorgenommen werden. Unser Fazit lautet: Die notwendigen Neueinstellungen werden nicht umgesetzt, der Altersdurchschnitt wird weiter steigen und eine ausgewogene Altersmischung ist in weiter Ferne, die Probleme werden nicht angepackt. Wir sind sicher, so werden wir den Herausforderungen angesichts des Rechtsanspruchs auf individuelle Förderung und der Umsetzung des gemeinsamen Unterrichts nicht gerecht“. Für uns gilt, sich nicht weiter damit abzufinden, dass in wenigen Jahren ein Drittel der Lehrkräfte in den Ruhestand treten und aus dem jetzt behaupteten LehrerInnenüberhang ein eklatanter LehrerInnenmangel entstehen wird. Wir haben mit unserem Antrag ein ehrliches Angebot gemacht, hier wirksame Änderungen zu erreichen und die große Mehrheit der Anzuhörenden haben dies durch ihre Stellungnahmen begrüßt.“

6. Absenkung des passiven Wahlrechts

Uns beschäftigte in dieser Woche ein Gesetzentwurf der FDP, der vorsieht, das passive Wahlrecht (gewählt werden zu können) auf 18 Jahren herabzusenken. Bisher ist es nach dem Thüringer Kommunalwahlgesetz erforderlich, dass ein zu wählender BürgermeisterIn oder LandratIn mindestens 21 Jahre ist. Unsere grüne Fraktion hatte im vergangenen Jahr die Absenkung des aktiven Wahlrechts bei Kommunalwahlen von 18 auf 16 Jahre gefordert. „Die Debatte hat gezeigt, dass auch Jugendliche in diesem Alter sehr wohl in der Lage sind, eigene Entscheidungen zu treffen. So beginnt zum Beispiel für den Großteil der Jugendlichen bereits mit 16 Jahren nach Abschluss der Schulzeit die berufliche Zukunft“, so der grüne Innenpolitiker Dirk Adams. „Ob wir das so auch auf die Ausübung des Amtes eines BürgermeisterIn oder LandratIn übertragen können, wird die Anhörung im Innenausschuss zeigen. Wie setzen uns jedoch prinzipiell für mehr politische Teilhabe junger Menschen ein, so dass wir diesem Vorschlag offen gegenüber stehen“, schließt Dirk Adams.

7. Koalition verweigert sich energetischer Sanierung

Mit Klimaschutzgebäuderahmengesetz Anreize schaffen, bestehende Gebäude energetisch zu sanieren

„Wenn es die Landesregierung ernst meint mit der Energiewende, dann muss sie sich dringend um dieses Thema kümmern“, sagt Jennifer Schubert, unsere baupolitische Sprecherin. Denn der Kohlendioxid Ausstoß durch Stromproduktion und durch Wärmeverbrauch halten sich die Waage. Doch die große Koalition hat den Entwurf zum Klimaschutzgebäuderahmen nicht einmal zur weiteren Diskussion in die Ausschüsse verwiesen. „Hier zeigt sich mal wieder die Zerrissenheit der großen Koalition“, sagt Schubert. Die CDU steht bei der energetischen Gebäudesanierung weiter auf der Bremse – der Wirtschaftsminister würde am liebsten selber einen Entwurf auf den Tisch legen. „Der Verweis der SPD auf den anstehenden Energiegipfel der Landesregierung, wo man das Thema besprechen wolle, ist eine Ausrede“, kritisiert unsere Baupolitikerin. „Da der

Gesetzentwurf im nächsten Plenum wieder auf die Tagesordnung kommt, werden wir die Koalition beim Wort nehmen. Denn der Energiegipfel ist dann vorbei.“

8. EU-Agrarpolitik gestalten statt blockieren

Unser Antrag „EU-Agrarpolitik und Thüringens Landwirtschaft zukunftsfähig gestalten“ hat das Auslaufen der EU-Förderperiode der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) im Jahr 2013 und der Neuausrichtung ab 2013 aufgegriffen. Auch für die Thüringer Landwirtschaftsbetriebe wird es zu Veränderungen kommen, auf die sie sich schon heute einstellen müssen. Zurzeit wird eine Bandbreite der Vorschläge zur Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik diskutiert, die Gefahren (Stichworte Obergrenzen und Degression) als auch Chancen (zum Beispiel Rationalität, Biodiversität, ländlicher Raum) für Thüringen mit sich bringen. „Ein Weiter so wird es bei der Ausrichtung der Agrarförderung ab 2013 nicht geben“, stellt der Abgeordnete Augsten klar. „Deswegen sehen wir uns nicht in der Rolle des Blockierers, sondern des Gestalters.“ Wir bedauern sehr, dass die Regierungsfraktionen unseren Antrag nicht folgen konnten und auch eine Ausschussüberweisung abgelehnt haben.

9. Auch kleine Schritte können in die falsche Richtung gehen

Nachhaltigkeit und das Beispiel Winterdienst

Unsere langfristige Betrachtung von Politik konnte sich wieder einmal im Landtag beweisen. Die LINKE hatte beantragt, den Kommunen wegen des harten Winters dieses Jahr 25 Millionen Euro mehr zu überweisen.

Schneereichere Winter können eine Wirkung des Klimawandels sein und machen die Beräumung teurer. Gleichzeitig haben die Gemeinden immer weniger Geld, auch weil sie mit weniger Einwohnern planen müssen. In unseren Debattenbeiträgen haben wir verdeutlicht, dass in dieser Situation nicht einfach mehr Geld für „Jahrhundertwinter“ hilft. „Die Landesregierung sollte vielmehr die absehbaren Folgen des Klimawandels offen benennen und sie bei jeder Finanzentscheidung berücksichtigen“, erklärt unser finanzpolitischer

Sprecher, Carsten Meyer. Dann müsste etwa der kommunale Finanzausgleich angepasst werden.

„Viel erfolgversprechender ist es aber nach unserer Ansicht, das Problem an der Wurzel zu packen“, meint Meyer. Mehr und längere Schneephasen könnten auch dazu genutzt werden, den Salzeinsatz einzuschränken und auf Nebenstraßen nur für eine fahrbare feste Schneedecke zu sorgen. „Dies spart Geld und nutzt der Umwelt und den Bäumen.“

Wenn weniger Menschen in den ländlichen Gebieten wohnen werden, steigt das Verhältnis der schon vorhandenen Straßenkilometer zu Einwohnern. Damit werden die Kosten für die Unterhaltung und den Winterdienst im Verhältnis immer teurer. „Zum Umbau unseres Wirtschaftsystems hin zu mehr ökologischer und finanzieller Nachhaltigkeit gehört es auch, hier die Menge und die Breite der Straßen anzupassen“, so Meyer weiter. Wir sehen uns in der Verantwortung des guten alten Grundsatzes „Denke global und handle lokal“.

10. Biomasse: Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) nachhaltig weiter entwickeln

In der heutigen Plenarsitzung wurde unser Antrag „Biomasse: Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) nachhaltig weiter entwickeln“ von allen Fraktionen einstimmig in den Umwelt- und Agrarausschuss verwiesen.

„Die Überweisung zeigt, dass sich die Arbeit im Vorfeld des Antrages ausgezahlt hat“, meint unser agrarpolitischer Sprecher, Dr. Frank Augsten. Bereits am 10. Mai hatte ein Fachgespräch der Fraktion zum Thema: „Wie weiter mit der Biomasse im EEG?“ mit VertreterInnen des Thüringer Bauernverbandes, der Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft (TLL), von „BIOBETH“, dem Fachverband Biogas und regionalen Landwirtschaftsbetrieben in Ludwigshof stattgefunden. Die daraus resultierenden Ergebnisse sind ebenso wie der aktuelle Erfahrungsbericht zum EEG in unseren Antrag eingeflossen. Er lässt aber auch eine klare grüne Handschrift erkennen. Als Beispiele sind die Förderung standortgerechter dezentraler Anlagen für kleine Betriebe und Einführung eines Biodiversitätsbonus zu nennen.

Thüringen nimmt bei der Nutzung der Biomasse eine Spitzenposition im Bund ein. Diese gilt es auch künftig zu verteidigen und auszubauen. Deshalb steht für die Thüringer Landwirtschaftsbetriebe bei der anstehenden Novellierung des EEG viel auf dem Spiel. Unsere Fraktion vertritt die Auffassung, dass Thüringen eine besondere Verantwortung bei der Weiterentwicklung des EEG hat – nicht nur für die Thüringer Landwirtschaft, sondern für die Energiewende insgesamt. Hierzu soll unser Antrag für den Bereich Biomasse die richtigen Weichen stellen.

Augsten, hat in seiner Rede aber auch klar gestellt, dass Thüringen bei der Nutzung der Solar- und Windenergie seine Hausaufgaben bei weitem noch nicht erledigt hat und dass sich die derzeitige Spitzenposition der Biomasse auch aus diesen Defiziten begründet.

11. Astrid Rothe-Beinlich: Hochschulzulassungsgesetz weist in die falsche Richtung

„Mit der Änderung des Hochschulzulassungsgesetzes wird der Master nun auch in Thüringen zum Nadelöhr. Wir meinen, dass Zulassungsbeschränkungen für den Master ganz klar das falsche Signal sind, denn es braucht in Zukunft mehr Masterstudierende gerade auch angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels. Unser Entschließungsantrag folgte genau dem Anliegen vieler Studierender und auch der freien Wirtschaft, denn diese bemängeln das Fehlen des freien Zugangs zum Masterstudium und das Fehlen eines bedarfsgerechten Ausbaus der Masterkapazitäten. Die Koalitionsfraktionen haben jedoch die vielen Bedenken und Anregungen aus der schriftlichen Anhörung offenkundig nicht zum Anlass beim Gesetzentwurf nachzubessern und die Änderungsanträge sowie unseren Entschließungsantrag abgelehnt“, so Astrid Rothe- Beinlich, unsere hochschulpolitische Sprecherin im Thüringer Landtag. Sowohl der Deutsche Hochschulverband als auch das Deutsche Studentenwerk und mehrere Studierendenorganisationen hatten ausgeführt, dass Zulassungsbeschränkungen nicht nur verfassungsrechtlich problematisch zu sehen sind und sich für gleiche Chancen und den freien Zugang stark gemacht. Für bessere Studienbedingungen und einen Ausbau der Studienkapazitäten heißt es, sich weiter stark zu machen.

Genug von InfoGRÜN? Hier kannst Du den Newsletter [abbestellen](#).